

# Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1208.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Verlag: Gebr. Arnold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Kenau und Dresden-Litke

Zeitungspreis einschließlich Eringerlohn monatlich 4000.— M., durch die Post bezogen monatlich 4000.— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 1250.— M., Einzelnummer 150.— M., Sonntagsnummer 200.— M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die begehrteste Nonpareilzeile 400.— M., auswärts 500.— M., die begehrteste Beklamezeile 1500.— M., auswärts 1800.— M., Ausland 2400 u. 7500 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung, Familienangehörige, Stellen- u. Mietzeile 40 Proz. Rabatt. Für Briefwerbung 150 M.

Nr. 61

Dresden, Dienstag den 13. März 1923

34. Jahrg.

## Diktat oder Verständigung?

Der französische Machthaber Poincaré ist nach Brüssel gereist, um dort mit der belgischen Regierung über die weitere Politik im Westen Deutschlands zu beraten. Da Frankreich der hundertmal Stärkere ist, wird die „Veratung“ den Charakter haben, daß Belgien den Poincaréschen Plänen zustimmen hat. Die Presse des ganzen Kontinents füllte ihre Spalten mit Fragen und Vermutungen über diese Pläne, ein Spiel, das wenig Bedeutung hat. Heber den ersten Tag der Verhandlungen liegt folgende Meldung vor:

Brüssel, 12. März. (W. Z. D.) Heber die Brüsseler Konferenz meldet die Agence Belge, das Nachrichtenbüro der belgischen Regierung: Die Konferenz der belgischen Ministerpräsidenten Theunis und des französischen Ministerpräsidenten Poincaré, an der auch die Mitarbeiter der beiden Ministerpräsidenten teilnahmen, dauerte von 2 Uhr nachmittags bis 6 Uhr abends. Es wurden die Maßnahmen besprochen, die notwendig sind, um die Lieferungen von Kohlen, Holz usw. an Frankreich und Belgien zu beschleunigen. Das aufgestellte Programm wird nach den Direktiven, die von den beiden Kabinetten gemeinsam erlassen werden, allmählich durchgeführt werden. Sodann wurden die mit der Tätigkeit und der Finanzabrechnung der französischen belgischen Eisenbahnenverwaltung im Zusammenhang stehenden Fragen geregelt, und man kam über die Repressionsmaßnahmen und die Sanktionen überein, die im Falle neuer Attentate auf die Besatzungstruppen angewendet werden. Ferner wurden Grundzüge für die Erteilung von Lizenzen für mit inländischen Industrien geschlossene laufende Geschäfte aufgestellt. Schließlich wurde auf der Konferenz nochmals die Einigkeit der beiden Regierungen dahin festgestellt, die Räumung des Ruhrgebietes und der neudefinierten rechtsrheinischen Gebiete nicht von einfachen Verpflichtungen Deutschlands abhängig zu machen, sondern in dem Maße zu vollziehen, in dem Deutschland seine Reparationsverpflichtungen erfüllt. Die beiden Regierungen sind gleichermaßen entschlossen, diese Gebiete nicht zu räumen, bevor sie von der Reichsregierung außer der Aufhebung der Strafbestimmungen unverzügliche Garantien für die deutschen Staatsbürger erhalten, die mit den alliierten Staatsbürgern zusammengewirkt haben.

Felzschaffen ist aus diesen Veröffentlichungen, daß erstens weitere Maßnahmen zur Herauslösung von Kohle und Gütern aus dem Ruhrgebiet geplant sind. Zweitens soll die „Räumung“ (die man in Worten belohnt) nur gegen Garantien erfolgen, die auch den Schutz derjenigen Deutschen umfassen, die den Franzosen bei ihrem Gewaltregiment Hilfe leisten. Welche wirtschaftlichen Garantien für die Räumung verlangt werden, ist leicht zu erraten; es sollen nicht nur die ungeheuerlichen Reparationszahlungen geleistet, sondern auch „Pänder“ gegeben werden, die in Besetzung und Verwaltung der Bahnen, der Hölle und sonstigen Wirtschaftskräfte bestehen. Solange Frankreich daran festhält, aber nicht feste Formulierungen gibt, wird der Weg zu Verhandlungen nicht so leicht gefunden werden. Interessant ist, daß die beiden Regierungen auch in Brüssel wieder der Öffentlichkeit suggerieren, sie wollen das Ruhrgebiet räumen. Damit soll den politischen Plänen die Spitze umgeben werden, die zweifellos im Hintergrund des Ruhrereignisses stehen. Doch freilich die „Räumung“ von Garantien abhängig gemacht werden soll, die einer dauernden Festsetzung Frankreichs am Rhein und Ruhr gleichkämen, soll durch die Hervorhebung der Räumungsbereitschaft in den Hintergrund treten. Diesem Spiel muß durch die Forderung ein Ende gemacht werden, daß Frankreich und Belgien die Bedingungen offen nennen und die „Pänder“ angeben, die sie als Ersatzpreis für die „Räumung“ haben wollen. Erst dann kann man die Paris-Brüsseler Politik auf ihre Ehrlichkeit prüfen.

Nun hat der Pariser Vertreter der Londoner Daily Mail die Bedingungen für Verhandlungen und Räumung bekanntgegeben und ein französisches Regierungsdementi hat diesen Bedingungen nur in einem Punkte widersprochen. Es ist also anzunehmen, daß die französische Regierung diese Forderungen zunächst einmal durch die Presse als die ihrigen anzusehen wünscht. Die erste Bedingung besteht darin, daß die Anerkennung „allgemeiner Grundzüge“ durch die deutsche Regierung. Vor allem sollte Deutschland erklären, daß die Ruhrbesetzung ein geschichtlicher Akt gemäß den Paragraphen 17 und 18, Anhang 2 zum Teil VIII des Versailler Vertrages sei. Daß das für Frankreich sehr bequem wäre, ist evident. Daß das aber für jede deutsche Regierung unmöglich ist, weil es eine Vergewaltigung der Wahrheit und eine Sanktion der blutigen Gewalt bedeutet, ist klar. — Die zweite Bedingung läuft auf eine dauernde internationale Kontrolle des Rheinlandes hinaus, die nach Ablauf der 15jährigen Laufzeit für die Räumungsdauer der Rheinlande in Kraft treten sollte. Vor allem scheint Frankreich an eine internationale Verwaltung der rheinischen Eisenbahnen einschließlich der Bahnen des Ruhrgebietes zu denken. Derartige Maßnahmen werden angeblich aus Sicherheitsgründen verlangt. Es gibt genügend andre Sicherheitsleistungen, für die sich Deutschland verbürgen kann und die unter dem Protektorat Amerikas angegangen werden könnten, wenn es Frankreich ernsthaft nur um seine Sicherheit zu tun wäre. Die jetzige sogenannte neutrale Zone soll auf mindestens 99 Jahre von Militär frei bleiben. Während der gleichen Zeitdauer könnte Deutschland einen Pakt eingehen, daß jede Feindseligkeit gegenüber Frankreich unterlassen bleibt. Als Garantie soll Amerika, nach guten Informationen, gern bereit sein, sich an einem derartigen Pakt zu beteiligen. Aber wir

besürchten, daß es der jetzigen französischen Regierung weniger um die Sicherheit ihres Landes und um Reparationen, als um die Annexion der Rheinlande unter anderen Vorwänden zu tun ist, nachdem man die bisherigen Maßnahmen als untauglich erkannt hat. Wäre der französische Wunsch nach Reparationen ernst zu nehmen, dann müßte Poincaré endlich mit der bisherigen Methode brechen, vom Vertragsgegner hohe Summen zu fordern, ihn aber gleichzeitig wirtschaftlich zu erdroffeln; denn darauf läuft schließlich auch die Unterstellung der Rheinlande unter eine internationale Kontrolle hinaus.

Die heutigen Nachrichten Frankreichs zeigen noch keinen guten Willen zu Verhandlungen. Es sieht noch alles nach Diktat aus, wenigstens in ihren öffentlichen Kundgebungen und in den Maßnahmen im Ruhrgebiet. Das muß festgehalten werden.

Rebuhler werden die Behauptungen freilich auch immer deutlicher, die von Verhandlungen hinter den Kulissen wissen wollen. So meldet ein Telegramm:

Paris, 10. März. Die hier seit einigen Tagen verbreiteten Gerüchte über deutsch-französische Gespräche finden heute im „Peuple“, dem Blatt der französischen Gewerkschaften, die folgende Formulierung:

„Es bestehen Gründe für die Annahme, daß die sowohl in Deutschland als auch in Frankreich offiziell zur Schau getragene Unnachgiebigkeit die Vorchereitung des Verhandlungsweges nicht behindert hat. Die Verhandlungen finden natürlich hinter den Kulissen und streng geheim statt, aber wir glauben, ohne uns der Gefahr eines Irrtums anzuschließen, behaupten zu können, daß zwischen den Industriegruppen beider Länder mit Zustimmung der französischen und wahrscheinlich auch der deutschen Regierung Verhandlungen stattfinden. Los Rubenbauer scheint demnach, nachdem das Prinzip der Gleichberechtigung nunmehr auf beiden Seiten anerkannt ist, auf die Fusion des deutschen und französischen Kapitals hinzuwirken.“

Auch andre Blätter behaupten ähnliches, deuten sogar an, daß die Verhandlungen von deutscher Seite von dem entscheidenden Industriellen geleitet wären. Es dürfte freilich zutreffen, daß industrielle Verbindungen bereits gesucht werden. Ob sie auf Regelung des ganzen Konfliktes hinzielen, ob sie mit Kenntnis der Regierungen geschlossen werden, ob sie die Gefahr für das deutsche Volk (durch Aufrichtung der großkapitalistischen Diktatur) in drohender Nähe bringen, das alles ist noch nicht zu erkennen. Aber es kann eines Tages Wirklichkeit sein. „Geheimlich“ wollen die Großindustriellen zunächst eine neutrale Macht zur Einleitung „offizieller“ Verhandlungen gewinnen (Benesch, Tscheko-Stomakel, wird genannt), um dann mit ihren industriellen Abmachungen hervorzutreten. Man wird fordern müssen, daß bald Klarheit in die Sache gebracht wird.

### Cunos Bereitschaft zu Verhandlungen

Aus dem Reichstage wird uns geschrieben: Die Rede des Reichskanzlers vom 6. März hat zu manchen Auslegungen und Mißverständnissen geführt.

## Wo treibt Polen hin?

Von unserm Warschauer Korrespondenten

Als der polnisch-litauische Konflikt akut war, haben deutsche nationalpolitische Blätter Polen wiederholt beschuldigt, Mobilisierung zu betreiben und einen Angriff auf Ostpreußen vorzubereiten. Die polnische Regierung hat alle diese Nachrichten auf das entschiedenste dementiert. Welches ist nun die wirkliche Haltung Polens?

Bei der Beantwortung dieser Frage muß man unterscheiden die gegenwärtige Lage in Polen und seine allgemeinen politischen Tendenzen. Polen will gegenwärtig tatsächlich keinen Krieg. Dafür sind verschiedene Gründe bestimmend. Zunächst haben nach amtlichen Erklärungen der polnischen Regierung die Ententemächte auf Polen einen Druck in der Richtung ausgeübt, einen offenen Krieg in der polnisch-litauischen Frage zu vermeiden. Ferner fürchtet man in Polen, im Falle von Verstärkungen an der polnischen Westgrenze von Rußland im Osten angegriffen zu werden. Und schließlich dämpft die katastrophale Finanzlage alle kriegerischen Absichten.

Ist an den gegenwärtigen friedlichen Absichten Polens kein Zweifel, so muß doch hervorgehoben werden, daß Polen gleichzeitig umfangreiche und kostspielige Anstrengungen macht, um seine militärischen Rüstungen zu vervollkommen. In den letzten Wochen sind die Jahrgänge 1883 bis 1899 registriert worden, und Mitte März wird der Jahrgang 1897 zu achtwöchigen militärischen Übungen einberufen. Mitte Mai folgt der Jahrgang 1896 und Mitte Juni der Jahrgang 1895. Da nach eigenen offiziellen Angaben das polnische stehende Heer etwa 300 000 Mann beträgt und ein Reserveheer von über 100 000 Mann ausmacht, wird Polen während des nächsten halben Jahres über eine aktive Armee von über 400 000 Mann verfügen.

Außerdem liefern Blätter, wie die Berliner Note fahndet, der polnischen Presse ständig Stoff, von deutschen Mobilisierungsvorbereitungen zu schreiben. Aber Rüstungen, um den Frieden zu erhalten, sind wie die Geschichte der letzten Jahrzehnte gezeigt hat, eine faule Sache.

aber auch zu direkten Fällungen Anlaß gegeben. Wir stellen deshalb nach dem uns jetzt vorliegenden amtlichen Text der Rede des Reichskanzlers folgendes fest: Cuno erklärte u. a.:

„Nicht darum geht der Kampf, ob Deutschland sich verständigen will, sondern darum allein, ob Frankreich endlich den ehrlichen Willen Deutschlands einer freien Verständigung unter gleichberechtigten Gegnern und auf wirtschaftlich günstigen Grundlagen anerkennt, oder ob es weiter auf seiner Politik der Ultimaten, der Sanktionen und der Kapitulationen besteht. Darum fort mit dem Gerede über Verhandlungen (Stürmischer Beifall rechts, im Zentrum und bei den Demokraten; Lärm auf der äußersten Linken: Gäh!, Hör!); mit den Mahnungen zur Verständigung, die nicht an die deutsche, sondern auch an die französische Adresse zu richten wären!“

Die Wendung: „Darum fort mit dem Gerede über Verhandlungen“ aus dem Zusammenhang gerissen, gibt den Nationalisten Anlaß, Deutschland zu seinem eigenen Schaden als Verhandlungsfeind hinzustellen. In Wirklichkeit hat der Kanzler vor und nach dieser Wendung fünfmal klipp und klar die deutsche Verhandlungsbereitschaft zum Ausdruck gebracht:

1. Kohle und Holz, Geld und Gut konnte Frankreich von uns im Frieden haben bis zur Grenze unserer Leistung, kann es heute haben nach ehrlicher, freier Verständigung. (Bravo! in der Mitte und links.)
2. Wir wollten ehrlichen Vergens die Reparation, wollten aufrichtig den Weg der Arbeit zur endgültigen vollen Freiheit gehen, wollten die Verständigung der Völker, statt ihren Haß —, wir wollen es noch! (Erneutes Bravo!)
3. Wir wollten und wollen die Verständigung der Völker (Sehr gut! bei den Verein. Soz.), das ist so offenkundig, daß es keiner Geschicklichkeit gelingen wird, uns die Verantwortung an diesen Rechtsbrüchern anzuschreiben. (Sehr gut!)
4. Wenn uns ein Weg geöffnet wird, der frei vom äußeren Druck und gleichberechtigt in offener Ausdrucksweise zu Recht und Vernunft zurückführt, so wird die Regierung ihn gehen. (Bravo! bei den Demokraten und Verein. Soz.)

Zum Schluß sprach der Reichskanzler von der Notwendigkeit, die Kampfpreise geschlossen zu halten, weil es sonst dahin wäre mit der Selbstbestimmung der deutschen Republik, mit der Einheit des Reiches, mit der Freiheit des deutschen Volkes, mit all dem, was an sozialem Recht entwickelt und entwicklungsfähig in Deutschlands Staat und Arbeiterkraft lebt. (Beih. Lust, b. d. Ver. Soz., bei den Dem., im Zentr. und rechts.) Wer das nicht will, muß weiter mit uns ausharren (Sehr gut! im Zentr.) bis zu dem Tage, wo man auf der andern Seite einzieht, das das waffenlose Deutschland nicht mit Waffen zu besiegen ist und bis die eheliche Vereinbarung gleichberechtigter Völker endlich an die Stelle des militärischen Diktats treten wird. (Sehr gut! bei den Verein. Soz. und bei den Dem.)

Unter diesen Umständen aus der Rede Cunos eine Verhandlungsfeindschaft herauszulesen, heißt sich selbst betrügen.

Wenn man aber auch trotz dieser Rüstungen Polen keine kriegerischen Absichten unterzöhen will, muß man doch beachten, daß zwei Triebkräfte vorhanden sind, die unter entsprechenden Umständen stärker sein können als der Friedenswille besonnener Kreise. Der eine dieser Umstände ist die Abhängigkeit von Frankreich. Frankreich hat es verstanden, Polen in so weitgehendem Maße an sich zu fetten und das blinde Untertänigkeitsgefühl chauvinistischer Kreise in Polen auszunutzen, daß Polen sich gegen einen französischen Marschbefehl schwerlich wird sträuben können. Andererseits ist der polnische Imperialismus auch heute noch nicht gesättigt, obwohl Polen bereits ein Drittel fremdsprachiger Bevölkerung besitzt. Es ist bezeichnend, daß während des letzten halben Jahres zwei programmatische politische Broschüren in Polen erschienen, die eine, verfaßt von dem Generalkonsul Bukowicki als Programm der Selbstereparatur, die andre von dem Lemberger Professor Grabst als Programm der Nationaldemokratie. Obwohl diese beiden politischen Lager in Polen sich erbittert bekämpfen, was auch in den beiden Broschüren deutlich zum Ausdruck kommt, kehrt in bemerkenswerter Weise in beiderfolgender Gedankengang wieder: Es ist ein Fehler der Versailler Friedenskonferenz gewesen, Ostpreußen bei Deutschland zu lassen, und Polens Bestreben muß es sein, diesen Fehler wieder gutzumachen. Wenn daher eine Situation eintreten sollte, die für Polen einen Krieg weniger bedenklich erscheinen ließe als es jetzt der Fall ist, muß durchaus damit gerechnet werden, daß der polnische Imperialismus zum Kriege drängt.

Alle diese Dinge muß man kennen, wenn man die deutsch-polnischen Beziehungen realpolitisch beurteilen will. Gewiß muß es das Ziel sein, Kriegshege und Provokation auf beiden Seiten zu bekämpfen, und zu unterdrücken und hinzuweisen auf das gemeinsame Interesse Polens und Deutschlands, den Frieden zu bewahren. Aber die Tatsache darf nicht übersehen werden, daß Polen bisher weder die Selbstständigkeit noch die innere Konsolidierung erreicht hat, die es zu einem zuverlässigen Nachbarn machen könnte.